

Stellungnahme Planungsbericht Zukunft Justizvollzug Luzern

Die Stellungnahme wurde am 03. Jul 2026 um 10:51:12 Uhr erfolgreich übermittelt.

Thematik:

Planungsbericht Zukunft Justizvollzug Luzern

Teilnehmerangaben:

SVP Kanton Luzern
Sekretariat
Sekretariat / Postfach
6000 Luzern

Kontaktangaben:

Kanton Luzern
Justiz- und Sicherheitsdepartement
Postfach 3768
6002 Luzern

E-Mail-Adresse: jsdds@lu.ch

Telefon: 041 228 59 17

Teilnehmeridentifikation:

211112

Allgemeiner Eindruck

Frage 1: Themenabdeckung im Planungsbericht

Deckt der Entwurf des Planungsberichts Zukunft Justizvollzug Luzern alle relevanten Themen ab? Vermittelt er einen umfassenden Überblick über den Zustand des Justizvollzugs im Kanton Luzern und den damit verbundenen Handlungsbedarf?

- ☐ Ja
- ☒ Mehrheitlich ja
- ☐ Mehrheitlich nein
- ☐ Nein
- ☐ Keine Antwort

Bemerkung:

Der vorliegende Planungsbericht ist umfangreich und behandelt eine Vielzahl relevanter Themenbereiche. Positiv ist festzuhalten, dass die Herausforderungen im Justizvollzug insgesamt breit dargestellt werden. Kritisch anzumerken ist jedoch, dass der Bericht in weiten Teilen auf die Bekämpfung von Symptomen beschränkt bleibt. Die eigentlichen Ursachen der zunehmenden Überlastung des Justizvollzugs werden weitgehend ausgeblendet. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit den strukturellen und gesellschaftlichen Gründen fehlt.

Frage 2: Grundsätzliche Einschätzungen

Teilen Sie grundsätzlich die Einschätzungen zu den Herausforderungen im Justizvollzug?

- ☐ Ja
- ☐ Mehrheitlich ja
- ☒ Mehrheitlich nein
- ☐ Nein
- ☐ Keine Antwort

Bemerkung:

Die SVP anerkennt die bestehenden Herausforderungen im Justizvollzug, insbesondere im Bereich der Infrastruktur sowie beim Personal. Der Handlungsbedarf in diesen Bereichen ist unbestritten. Gleichzeitig ist festzuhalten, dass diese Herausforderungen nicht isoliert entstehen, sondern auf grundlegende Ursachen zurückzuführen sind. Ohne eine konsequente Bekämpfung dieser Ursachen bleibt der Ausbau des Justizvollzugs auf eine reine Symptombekämpfung beschränkt und vermag keine nachhaltige Entlastung zu erzielen. Es ist zuerst eine Vermeidungsstrategie zu erarbeiten, welche aufzeigt wie genannten Herausforderungen zu mildern sind.

Frage 3: Zielführungen der Massnahmen

Sind die aufgezeigten Massnahmen des Kantons Luzern zum Justizvollzug grundsätzlich richtig und zielführend?

- ☐ Ja
- ☒ Mehrheitlich ja
- ☐ Mehrheitlich nein
- ☐ Nein
- ☐ Keine Antwort

Bemerkung:

Die vorgesehenen Massnahmen sind grundsätzlich nachvollziehbar und gehen in die richtige Richtung. Ob sie jedoch tatsächlich zielführend sind, ist aus Sicht der SVP kritisch zu beurteilen. Ein Grossteil der vorgeschlagenen Schritte beschränkt sich auf die Behandlung von Symptomen. Solange die zugrunde liegenden Ursachen nicht konsequent angegangen werden, besteht die Gefahr, dass die Massnahmen ihre Wirkung verfehlen und letztlich keine nachhaltige Verbesserung bewirken.

Frage 4: Fünf Handlungsfelder

Sind Sie grundsätzlich mit den definierten fünf Handlungsfeldern (Bedarfsgerechter Ausbau, Alternativen zur Haft, Spezifische Versorgungsstrategien, Kooperation und Koordination sowie Gewaltprävention und Resozialisierung) einverstanden?

- ☐ Ja
☒ Mehrheitlich ja
☐ Mehrheitlich nein
☐ Nein
☐ Keine Antwort

Bemerkung:

Der Planungsbericht sowie die definierten Handlungsfelder zeugen von einer gewissen Weitsicht seitens der Regierung, insbesondere im Bereich der Koordination und Kooperation. Zweifel bestehen jedoch hinsichtlich des angestrebten bedarfsgerechten Ausbaus. Solange die Massnahmen primär auf die Bekämpfung von Symptomen ausgerichtet sind, ist fraglich, ob der zukünftige Bedarf tatsächlich nachhaltig gedeckt werden kann. Dazu gehört der Wille aller Institutionen welche bei der Kooperation involvierten sind, die Ursachen für den erhöhten Bedarf in der Justiz sehen wollen.

Frage 5: Bedarfsgerechter Ausbau, Massnahmen

Befürworten Sie grundsätzlich die Massnahmen unter dem strategischen Handlungsfeld «Bedarfsgerechter Ausbau»? (Kapitel 7.1)

- ☐ Ja
☐ Mehrheitlich ja
☒ Mehrheitlich nein
☐ Nein
☐ Keine Antwort

Bemerkung:

Der Bericht zeigt auf, dass eine Mehrjahresplanung besteht, was grundsätzlich zu begrüßen ist. Aus Sicht der SVP wäre es jedoch zielführender, den Fokus stärker darauf zu legen, dass der Bedarf gar nicht erst weiter ansteigt. Dies setzt eine konsequente Bekämpfung der Ursachen voraus. Nur so kann der Bedarf langfristig reduziert werden, anstatt ihn durch laufenden Ausbau lediglich zu bewirtschaften. Der überproportionale Anstieg der benötigten Haftplätze ist zu dämpfen. Es ist zuerst eine Vermeidungsstrategie zu erarbeiten, welche aufzeigt wie Haftstrafen anderswo, oder anders verbüsst werden können. Dies gilt auch für die Ersatzfreiheitsstrafen.

Frage 6: Alternativen zur Haft, Massnahmen

Befürworten Sie grundsätzlich die Massnahmen unter dem strategischen Handlungsfeld «Alternativen zur Haft»? (Kapitel 7.2)

- ☐ Ja
☒ Mehrheitlich ja
☐ Mehrheitlich nein
☐ Nein
☐ Keine Antwort

Bemerkung:

Die vorgesehenen Massnahmen im Bereich der Haftalternativen zur Entlastung der Vollzugsinfrastruktur werden grundsätzlich begrüsst. Aus Sicht der SVP ist jedoch zwingend, dass auch die beiden parlamentarischen Vorstösse P 741 (Postulat Bucher Mario und Mit. betreffend die Verbüssung von Freiheitsstrafen im Heimatland bei ausländischen Straftätern ohne Aufenthaltsrecht) sowie A 742 (Anfrage Bucher Mario und Mit. betreffend den Parallelvollzug und den Verzicht auf strafrechtliche Therapien bei ausländischen Straftätern ohne Aufenthaltsrecht) angemessen berücksichtigt werden. Diese Vorstösse beinhalten Massnahmen, die gezielt bei den Ursachen ansetzen und damit einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Entlastung des Justizvollzugs leisten können

Frage 7: Spezifische Versorgungsstrategien, Massnahmen

Befürworten Sie grundsätzlich die Massnahmen unter dem strategischen Handlungsfeld «Spezifische Versorgungsstrategien für besonders betroffene Gruppen»? (Kapitel 7.3)

- ☐ Ja
☒ Mehrheitlich ja
☐ Mehrheitlich nein
☐ Nein
☐ Keine Antwort

Bemerkung:

Die Herausforderungen im Bereich der psychischen Gesundheit im Zusammenhang mit dem Justizvollzug sind erheblich und werden anerkannt.

Gleichzeitig stellt sich auch hier die grundlegende Frage nach den Ursachen für den deutlichen Anstieg psychischer Erkrankungen in der Gesellschaft. Eine ausschliessliche Fokussierung auf die Behandlung der Symptome vermag die bestehenden Probleme lediglich kurzfristig zu entschärfen, ohne eine nachhaltige Verbesserung zu bewirken.

In diesem Zusammenhang ist auch die Anfrage A 742 (Bucher Mario und Mit. betreffend den Parallelvollzug und den Verzicht auf strafrechtliche Therapien bei ausländischen Straftätern ohne Aufenthaltsrecht) zu berücksichtigen. Diese greift zentrale Aspekte auf, die im Rahmen einer konsequenten Ursachenbekämpfung für eine Entlastung des bestehenden Justizvollzuges einzubeziehen sind.

Frage 8: Kooperation und Koordination, Massnahmen

Befürworten Sie grundsätzlich die Massnahmen unter dem strategischen Handlungsfeld «Kooperation und Koordination»? (Kapitel 7.4)

- ☐ Ja
☒ Mehrheitlich ja
☐ Mehrheitlich nein
☐ Nein
☐ Keine Antwort

Bemerkung:

Die verstärkte Kooperation und Koordination wird grundsätzlich begrüsst.

Entscheidend ist jedoch, dass auf die gewonnenen Erkenntnisse und abgestimmten Prozesse auch konsequente Massnahmen folgen. Ohne klare und wirksame Umsetzung besteht die Gefahr, dass Kooperation und Koordination wirkungslos bleiben und keinen spürbaren Beitrag zur Entlastung des Justizvollzuges leisten.

Frage 9: Gewaltprävention und Resozialisierung, Massnahmen

Befürworten Sie grundsätzlich die Massnahmen unter dem strategischen Handlungsfeld «Gewaltprävention und Resozialisierung»? (Kapitel 7.5)

- ☐ Ja
☒ Mehrheitlich ja
☐ Mehrheitlich nein
☐ Nein
☐ Keine Antwort

Bemerkung:

In diesem Kapitel steht die Ursachenfrage im Zentrum. Die dargestellten Themenfelder werden von der SVP grundsätzlich unterstützt.

Gleichzeitig wäre es aus Sicht der SVP begrüssenswerter, wenn bei der Rückführung straffälliger Migranten nicht primär auf Freiwilligkeit gesetzt würde. Personen, die unabhängig von den Einreisegründen in der Schweiz straffällig werden, sollten ihr Aufenthaltsrecht grundsätzlich verwirkt haben, ohne dass vorgängig umfangreiche präventive oder therapeutische Begleitmassnahmen im Vordergrund stehen

Frage 10: Handlungsfelder um Herausforderungen anzugehen

Welches Handlungsfeld erachten Sie als am wirksamsten, um die beschriebenen Herausforderungen anzugehen?

- ☐ Bedarfsgerechter Ausbau
- ☒ Alternativen zur Haft
- ☐ Spezifische Versorgungsstrategien
- ☐ Kooperation und Koordination
- ☐ Gewaltprävention und Resozialisierung
- ☐ Keine Antwort

Bemerkung:

Alternative Vollzugsformen wie Sozialstunden, Hausarrest oder vergleichbare Massnahmen werden grundsätzlich als geeignete Instrumente zur Entlastung des Justizvollzugs erachtet.

Voraussetzung für deren sinnvolle Anwendung ist jedoch eine konsequente vorgängige Ausschaffung von Straftätern ohne Aufenthaltsrecht. Unter dieser Prämisse können solche Alternativen einen wesentlichen Beitrag leisten, um sowohl kurzfristig als auch langfristig eine spürbare Entlastung der Vollzugsstrukturen zu erreichen.

Frage 11: Zustimmung «Zukunft Justizvollzug Luzern»

Stimmen Sie dem Planungsbericht «Zukunft Justizvollzug Luzern» insgesamt zu?

- ☐ Ja
- ☒ Mehrheitlich ja
- ☐ Mehrheitlich nein
- ☐ Nein
- ☐ Keine Antwort

Bemerkung:

Die SVP begrüsst die angestrebte Stossrichtung grundsätzlich.

Gleichzeitig bestehen Vorbehalte dahingehend, dass der Fokus nach wie vor stark auf der Behandlung von Symptomen liegt, anstatt die zugrunde liegenden Ursachen konsequent anzugehen. Der Planungsbericht stellt zwar ein geeignetes Planungsinstrument dar, aus Sicht der SVP wäre jedoch eine ehrliche und vertiefte Ursachenanalyse notwendig. Eine solche würde nicht nur zu nachhaltigeren Lösungen führen, sondern wäre auch kostengünstiger und effizienter.

Frage 12: Bemerkungen

Haben Sie abschliessende Bemerkungen?

- ☒ Ja
☐ Nein
☐ Keine Antwort

Bemerkung:

Die SVP fordert eine vorgängige Auslegeordnung, wie denn die Haftstrafen anders verbüsst werden können. Diverse, bereits überwiesene oder offenen Vorstösse sollen dazu berücksichtigt werden. Diese beziehen sich auf den Haft - Ort (Haftstrafe im Heimatland), die Haftstrafe mit Therapiemassnahmen und auch die Haft bei Ersatzfreiheitsstrafen, welche anscheinend an "Beliebtheit" gewonnen haben. Dazu gehören auch die Ausschaffungshaftplätze. Die Bereitstellung von genügend Haftplätzen ist wichtig, damit Fehlverhalten gebüsst und Opfer geschützt werden. Eine vorgängige Auslegeordnung im Prozess kann jedoch den Bedarf an Haftplätzen minimieren. Dies muss vorgängig gemacht werden, damit die Haftplätze und damit die Kosten nicht noch überproportionaler zum Bevölkerungswachstum zunehmen.

Auf die aktuelle Personalsituation wird zu wenig eingegangen. Der Druck auf das Personal und die Infrastruktur ist bereits heute deutlich spürbar. Der vorliegende Bericht anerkennt zwar gewisse Probleme, aber die vorgesehenen Massnahmen und Zeitachsen gehen aus Sicht der personellen Ressourcen deutlich zu wenig weit beziehungsweise dauern zu lange. Krankheitsausfälle, Überstunden und kurzfristige Einsätze gehören mittlerweile zum Alltag und sind Warnzeichen. Gleichzeitig steigt die Belastung durch die zunehmende Zahl psychisch auffälliger und psychisch kranker Insassen massiv an. Viele Mitarbeitende stehen dauerhaft unter enormem Druck, was zwangsläufig zu Kündigungen oder Ausfällen führen wird. Dies sieht auch die Regierung in der Antwort auf die Anfrage A-633, Antwort RR Zanolla Lisa, so.

Insgesamt ist die SVP der Meinung, dass eine reine Erhöhung der Pensen und der Haftplätze nicht sinnvoll ist, wenn die bereits oben angedeuteten strukturellen Fragen nicht gelöst werden. Es braucht hier einen stärkeren Fokus auf die Vermeidung von Haftstrafen (Massnahmen wurden bereits genannt).

Text-Rückmeldungen

Bereich	Kapitel	Antrag / Bemerkung	Begründung
Planungsbericht Zukunft Justizvollzug Luzern		Keine Antwort	Keine Antwort
Allgemeine Würdigung	Allgemeine Rückmeldung	Die SVP bedankt sich, für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Der umfassende Planungsbericht zeigt in der Grundhaltung die richtige Richtung: Der Ausbau des Justizvollzugs allein löst das Problem nicht. Wer nur mehr Plätze schafft, verwaltet das Wachstum statt es zu bremsen. Der zentrale Punkt "Ursachen statt Symptome" ist richtig erkannt. Gleichzeitig bleibt die Stellungnahme hinter ihrem eigenen Anspruch zurück. Sie fordert konsequent eine Ursachenbekämpfung, liefert aber selbst zu wenig konkrete, breit abgestützte Analyse. Die Problematik wird zu stark auf einzelne Aspekte verengt, anstatt das System als Ganzes kritisch zu durchleuchten, insbesondere bei Strafpraxis, Gesetzgebung und Vollzugsmechanismen. Der Fokus auf ausländische Straftäter ist politisch nachvollziehbar, greift aber als alleinige Erklärung zu kurz. Damit wird ein Teil des Problems adressiert, aber nicht das Ganze. Wer glaubwürdig Ursachenpolitik betreiben will, muss breiter argumentieren und auch unbequeme innenpolitische Faktoren benennen. Unterm Strich: Eine politisch klare und konsequente Stellungnahme mit richtiger Stossrichtung, aber zu wenig Tiefenschärfe und zu einseitiger Ursachenanalyse, um wirklich als umfassende Grundlage für nachhaltige Reformen zu überzeugen. Die SVP	

Bereich	Kapitel	Antrag / Bemerkung	Begründung
		verlang hier eine weitere Analyse der Ursachenbekämpfung, bevor die Haftplätze ausgebaut werden.	